Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 258. **Mittwoch** den 23. Mai 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Postassistenten **Georg August Adolf Ullrich**, zuletzt wohnhaft in Leipzig, Gerberstraße 57, bisher bei dem Kaiserlichen Postamte 2 in Leipzig beschäftigt, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Amtsunterschlagung (Unterschlagung von Geldbriefen im angegebenen Werthe von 102,822 Mark) und unrichtiger Führung der Register, sowie wegen Unterdrückung von Briefen, Verbrechen und Vergehen nach §§. 350, 351, 354, 73 Str.-G.-B., verhängt.

Es wird ersucht, Ullrich zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Auch wird Jeder, der über den jetzigen Aufenthalt oder die vom Ullrich eingeschlagene Richtung irgend eine Angabe machen kann, hiermit aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Untersuchungsrichter oder der nächsten Gerichts- oder Polizeibehörde zu melden.

Auf die Ergreifung Ullrich's und die Wiedererlangung des Geldes hat die Kaiserliche Ober-Postdirection Leipzig 1500 Mark Belohnung gesetzt.

Leipzig, den 22. Mai 1894.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte.
Adam, Ass.

Beschreibung.
Alter: 24½ Jahre. Größe: 1,75 m. Statur: kräftig. Haare: röthlich-blond, etwas gelockt. Bart: kleiner, röthlich-blonder Schnurrbart. Nase: gewöhnlich. Mund: gewöhnlich. Zähne: gut. Gesicht: voll, geröthet. Sprache: Deutsch. Kleidung: Ullrich trug zuletzt helle Hosen, dunkles Jackett, weichen grauen Filzhut, Schnürschuhe und hatte einen Spazierstock bei sich.

Bekanntmachung.

Das 22. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum **15. Juni d. J.** auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

Dasselbe enthält:
Nr. 2174. Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen. Vom 12. Mai 1894.

Leipzig, den 19. Mai 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Versteigerung von Bauplätzen betr.

Nachdem von den am 27. März d. J. versteigerten, der Stadtgemeinde gehörigen und gelegen zwischen dem Taubchenwege, dem Gerichtswege, der Rostitzstraße und der Straße R des östlichen Bebauungsplanes in Leipzig-Reudnitz gelegenen Bauplätzen, die mit Nr. 2, 4—6, 8—12 und 14 des Planes bezeichneten den Höchstbietern zugeschlagen, alle Gebote auf die Plätze Nr. 1 und 13 aber abgelehnt worden sind, entlassen wir die übrigen Bieter auf die zuerstgenannten Bauplätze und alle Bieter auf die Plätze Nr. 1 und 13 in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen hiermit ihrer Gebote.

Gleichzeitig bestimmen wir für die vorgenannten beiden Bauplätze
Nr. 1 an der Ecke des Taubchenwegs und der Straße R gelegen, von 719,1 qm,
„ 13 an der Ecke der letztgenannten Straße und der Rostitzstraße gelegen, von 615,3 qm
Flächengehalt, auf

Montag, den 28. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr,

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Obergeschoß, anderweiten Versteigerungstermin an.

Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der einzeln nach einander in obiger Reihenfolge ausgebotenen Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parzellirungsplan liegen auf dem Rathhause, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus. Exemplare davon werden in der Sportelcasse 1, Naschmarkt Nr. 2, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, für 1 ₰ abgegeben.

Leipzig, den 16. Mai 1894.

1723. Ia. 544. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gesucht

wird der am 13. November 1864 in Bairina geborene Stellmacher Carl Hermann **Rosenberger**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 18. Mai 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. II.

A. R. VI, 1084. Hentschel. Meyer.

Gesucht

wird die am 8. December 1872 in Gautzsch geborene Weißerin Marie Elisabeth **Schulze**, welche zur Fürsorge für ihr in Waisenpflege befindliches Kind anzuhalten ist.

Leipzig, den 21. Mai 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. IVa.

A. R. IVa/655. Hentschel. Hn.

Sonnabend, den 26. Mai c., von Vormittags 10 Uhr an, soll im **Geschäftszimmer des Proviantamtes** zu Leipzig, Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stock, eine Partie **Roggenkleie** und **Kehrmehl** öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 23. Mai 1894. **Königliches Proviantamt.**

Versteigerung.

Donnerstag, den 24. Mai 1894, Nachm. 3 Uhr

sollen im Gasthofe zur Oberschänke in L.-Gohlis versetzbergte Möbel, 2 Bettstellen mit Matratze, Spiegel, Bilder, 1 Brillantring, 1 goldene Uhr mit Kette, 1 Nähmaschine für Sattler u. s. w. meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 21. Mai 1894.

Der Gerichtsvollzieher beim Königl. Amtsgericht das.
Steinbeck, Secretair.

Volksbureaux.

D. Wenn wir uns die zahlreichen Bestimmungen vergegenwärtigen, welche durch die socialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahre auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung getroffen sind, so werden wir es erklärlich finden, daß die Arbeiter über die Tragweite dieser Gesetze, über die Rechte und Pflichten, die ihm daraus erwachsen, nicht genügend unterrichtet sind. Noch erklärlicher wird uns jene Unkenntniß, wenn wir die umfangreichen und vielgestaltigen Entscheidungen, die im Hinblick auf diese Gesetze von den Aufsichtsbehörden, namentlich dem Reichsversicherungsamte, getroffen sind, hinzurechnen. Und doch wäre diese Kenntniß für den Arbeiter so nothwendig wie heilsam; sie würde ihn vor Schaden behüten, sei es, daß er kein ihm zustehendes Recht vernachlässigt, sei es, daß er sich nicht hartnäckig auf Forderungen steift, die zu stellen er nicht berechtigt ist. Was liegt aber näher, als daß er sich in Fällen, wo seine eigene Kenntniß nicht ausreicht, an Die wendet, bei denen er zu finden hofft, was ihm abgeht? Der sociale Friede würde aber viel weniger gefährdet sein, wenn er sich immer dahin wendete, wo man ihm wohl will und wirklich guten Rath ertheilt. Darum hat man in Kreisen, denen die Arbeiterwohlfahrt am Herzen liegt, eine Organisation zu schaffen versucht, geeignet, dem Arbeiter als Berather und Führer durch die Schutz- und Fürsorgegesetze zur Seite zu stehen. Man ging in Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes daran, Volksbureaux zu schaffen, denen diese Aufgabe zugewiesen wurde. Es war im Jahre 1889, als die in Bochum tagende Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf Antrag ihrer socialen Commission folgende Resolution faßte: „Es ist empfehlenswerth, an Industriecentren Einrichtungen zu treffen, welche den Arbeitern zu wirksamem Schutz ihres Rechtes Rath und Auskunft ertheilen sollen." Darauf hin trat, um zunächst einen Versuch zu machen, in Essen das erste Volksbureau ins Leben, das sich so glänzend bewährte und so eifrig in Anspruch genommen wurde, daß sehr bald zehn rheinische Städte, darunter Köln, Duisburg, Crefeld, Aachen u. s. w., dem gegebenen Beispiele folgten und auch noch eine Reihe anderer Städte der rheinisch-westfälischen Industriegegend dabei sind, gleichfalls Volksbureaux zu errichten.

Daß es einem derartigen, gut geleiteten Bureau nicht an Beschäftigung fehlen wird, lehrt das Beispiel in Essen: dort wurde, wie wir der „Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" entnehmen, allein im Jahre 1892 in mehr als 7000 Fällen Rath ertheilt und im Jahre 1893 gar 11 000 mal. Auch die jüngste Schöpfung auf diesem Gebiete in Köln hat sich, obwohl das dortige Volksbureau erst am 16. Januar 1894 in Thätigkeit getreten ist, bereits einer nicht unbedeutenden Praxis zu erfreuen: in der Zeit von der Gründung bis Ende Februar, also in 6 Wochen, ist es bereits 245 Mal in Anspruch genommen worden.

Belehrung und Hilfe soll in einem Volksbureau zu theil werden. Damit jedoch diese Unterweisung und Hilfe wirksam werden, genügt es nicht, die einschlägigen Bestimmungen dem um Rath fragenden Arbeiter mitzutheilen und zu erklären; mindestens ebenso wichtig ist, ihm die erforderlichen Eingaben aufzusetzen, da ihm meist die dazu nöthige Geschicklichkeit abgeht. Hat aber ein Volksbureau einmal das Vertrauen der Arbeiterschaft gewonnen, so liegt es nahe, daß es auch in Fällen, bei denen es sich nicht um Bestimmungen der socialpolitischen Gesetzgebung handelt, in Anspruch genommen wird. Wie oft ist ein Arbeiter in Steuer-, Schul-, Militair-, Unterstützungs-, Vormundschaftsangelegenheiten u. s. w. darauf angewiesen, sich irgendwo sachkundigen Rath zu holen und sich über die Form der erforderlichen Bittgesuche, Eingaben, Reclamationen u. s. w. unterweisen zu lassen. Es ist schon sehr werthvoll, daß ein Volksbureau ihn abhält, zu einem Winkelagenten seine Zuflucht zu nehmen, dem in den meisten Fällen der eigene Vortheil mehr am Herzen liegt als der Wunsch, daß dem des Rathes Bedürftigen geholfen werde.

Genau ebenso verhält es sich um andere Aufgaben, die dem Volksbureau gewissermaßen von selbst zufallen. Seine sociale Bedeutung kann sich bewähren, wenn es sich um Arbeitsnachweis bemüht, wenn es aus der Schule entlassene Knaben mit guten Lehrstellen versorgt oder einem tüchtigen Lehrmeister angehende Lehrlinge zuführt. Denn je länger es in Thätigkeit sein wird, desto befähigter wird es sein, in derartigen Personalfragen erforderliche Auskunft zu ertheilen. Fast noch wichtiger dürfte die Aufgabe sein, die einem Volksbureau zur Förderung und Erhaltung des socialen Friedens entsteht. Handelt es sich darum, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder zwischen Arbeitern untereinander zu schlichten, so erscheint der Vorsteher eines Volksbureaus gewissermaßen als der geborene Vermittler. Ganz ähnlich kann es zwischen Miethern und Vermiethern, bei Beleidigungen u. s. w., wie die Beispiele aus der Wirksamkeit der bestehenden Volksbureaux lehren, Segensreiches stiften. Denn die richtig verstandene Aufgabe eines Volksbureaus besteht nicht darin, Leidenschaften zu schüren und zu verhetzen, sondern Frieden zu stiften; es soll dem Arbeiter in streitigen Fällen zu seinem vollen Rechte verhelfen, aber ihn auch von unnöthigen und aussichtslosen Processen fernhalten.

Da nun ferner Unkenntniß der Tragweite und Ziele unserer socialpolitischen Gesetzgebung leider immer noch vielfach in Arbeiterkreisen gefunden wird, da die Arbeiter oft von gewissenlosen Agitatoren irre geführt und verhetzt und zu politischen Zwecken gemißbraucht werden, so ist es äußerst erwünscht, sie durch geeignete Mittheilungen in der Localpresse und durch Vorträge in Versammlungen über die wirkliche Bedeutung dessen, was von Staatswegen bisher für die Arbeiterwohlfahrt geschehen ist, zu unterrichten. Und auch hier dürfte der Vorsteher eines Volksbureaus als die geeignete Persönlichkeit erscheinen: sein Beruf bringt es mit sich, daß er mit den gesetzlichen Bestimmungen vollkommen vertraut sein muß, und sein Verkehr mit den Arbeitern zeigt ihm, wie er am besten auf sie einwirken kann. Wenn nun der Vorsteher eines Volksbureaus neben der unerläßlichen Gesetzeskenntniß zugleich auch Erfahrung in dem Verkehr mit den Behörden hat, wenn er mit dem Volksleben und den Bedürfnissen des Arbeiterstandes vertraut ist und den Arbeitern mit Wohlwollen entgegenkommt, so steht auch bestimmt zu erwarten, daß er sich in kurzer Zeit ihr volles Vertrauen erringen wird. Dies wird um so sicherer der Fall sein, je besser seine Geschäftsführung durch eine Geschäftsanweisung geregelt ist und von einer Commission überwacht wird, zu der auch Arbeiter gehören. In Köln z. B. wird das Volksbureau durch einen besoldeten Geschäftsführer unter der Oberaufsicht von fünf dazu erwählten Mitgliedern des Verbandes der katholischen Arbeiter und Handwerker verwaltet. Jedermann kann die Namen dieser fünf Aufsichtsmitglieder, im Falle er eine Beschwerde vorbringen will, jederzeit im Geschäftslocal des Volksbureaus erfahren, wo sie nebst Angabe ihrer Wohnung auf einer Tafel verzeichnet sind. Es leuchtet ein, daß für die gedeihliche Entwickelung eines Volksbureaus in erster Linie die Persönlichkeit des Vorstehers von entscheidender Bedeutung ist: hat man hierfür den richtigen Mann gefunden, so ist der Erfolg im Voraus so gut wie gewährleistet.

Die Kosten, die aus der Einrichtung eines Volksbureaus erwachsen, sind nicht erheblich. Zu ihrer Deckung dienen zunächst die Gebühren Derer, welche die Hilfe des Bureaus in Anspruch nehmen. Sie sind nur gering, weil sie den Erwerbsverhältnissen der Arbeiter angepaßt werden müssen und ihre Höhe keinen Arbeiter abhalten soll, sich an ein Volksbureau zu wenden; andernfalls wäre es auch nicht angezeigt, die Kosten ganz fallen zu lassen, weil sonst das Bureau oft unnütz überlaufen werden würde. Nur von Mittellosen werden Gebühren nicht erhoben. In Köln zahlt, wer sich an das Volksbureau wendet, für den einmaligen Fall 50 Pfennige; außerdem 25 Pfennige, wenn es sich um die Anfertigung eines Schriftstückes handelt. Doch kann der Arbeiter oder wer sonst der Hilfe des Bureaus sich bedienen will — Niemand ist ausgeschlossen — auch eine Abonnementskarte für eine Mark lösen, die ihn zur Benutzung des Bureaus für das laufende Jahr berechtigt. Vereine zahlen für ihre Mitglieder je nach Abkommen ermäßigte Preise oder nehmen auf Grund ihrer Mitgliederzahl ein Gesammtabonnement gegen Zahlung einer bestimmten Summe.

Außerdem werden die Kosten aufgebracht durch Beihilfe von Seiten der Vereine und Privaten, die sich für die Arbeiterwohlfahrt und den socialen Frieden interessiren; endlich werden auch Ehrenmitgliederkarten gegen Zahlung eines bestimmten Jahresbeitrages ausgegeben. Ueberhaupt kann man sagen, daß der Kostenpunct schwerlich ein Hinderniß abgeben dürfte, an irgend einem Orte ein Volksbureau einzurichten. Dies wäre namentlich überall da, wo eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, dringend wünschenswerth!

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 22. Mai. Berlin war in den letzten Wochen der Schauplatz eines heftigen Kampfes, der im Interesse des Ansehens der Reichshauptstadt besser vermieden worden wäre. Es handelte sich um die Wahl des Platzes für die für 1896 geplante Berliner Ausstellung. Der Magistrat und die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere auch der Aussteller, waren für den östlich von Berlin gelegenen Treptower Park, die erste der beiden zur Entscheidung der Platzfrage eingesetzten Instanzen hatte sich für das westlich von Charlottenburg gelegene Terrain von Wiglebeu erklärt. Für diesen letzteren Platz sprach der Umstand, daß die Wege zu ihm durch elegante Viertel und schöne Parkanlagen führen, mithin den zur Ausstellung sich begebenden Fremden Berlin von seiner schönsten Seite zeigen würden. Manchem Localpatrioten mochte es auch wünschenswerth erscheinen, in dem Wiglebener Gelände eine allerdings sehr weit abgelegene und zum Theil wüste Gegend für die vaterstädtische Civilisation zu erobern. Merkwürdiger Weise gehörten aber die Anhänger Wiglebens oder des Liepsees, wie die Gegend nach einem nicht aller Romantik baaren aber morastigen Wasser vorzugsweise genannt wird, zumeist den Kreisen an, in denen man sonst die gehässigsten Gegner deutscher Ansiedelungsbestrebungen findet. Während der Treptower Park als städtisches Eigenthum nicht nur unentgeltlich angeboten, sondern auch von der Stadt Berlin im Falle der Wahl dieses Platzes eine sehr bedeutende Summe für das Ausstellungsunternehmen zur Verfügung gestellt war, ist das Wiglebener Terrain im Besitze von Privaten, und die Oeffentlichkeit, wenn das Wort noch gestattet ist, lebt beinahe ungetheilt der Ueberzeugung, das West-Project sei nur aufgetaucht und betrieben worden, um den Werth von Liegenschaften zu erhöhen, die seit längerer Zeit den Gegenstand speculativen Handels bildeten. Ueber die Berechtigung dieser Anklage steht uns kein Urtheil zu; eine starke Stütze fand sie in der häßlichen Art, wie für den Liepsee Stimmung zu machen versucht wurde. Durch den Glauben an das Dazwischenspielen privater Interessen wurde eine Erbitterung in die öffentliche Erörterung der Platzfrage getragen, die viele unerfreuliche Erscheinungen hervorrief. Große Versammlungen faßten den Beschluß, sich an der Ausstellung nicht zu betheiligen, falls das westliche Gelände gewählt würde. Es ist zutreffend, wenn von Befürwortern dieses Platzes darauf hingeworfen wird, daß sich am Kampf gegen die Privatterrains auch Personen und Corporationen betheiligten, die bei der Art ihres Erwerbes gar nicht ausstellen können. Dasselbe ließ sich aber mit mindestens ebensoviel Grund der Gegenpartei vorhalten und, was stärker ins Gewicht fällt, man war einmal zu der Ansicht gelangt, daß es sich um eine Angelegenheit der öffentlichen Moral handelte, und in einer solchen darf sich der Bürger als solcher mitzureden für berechtigt. Andere Momente trugen zur Erhöhung der Popularität des Magistrats-Vorschlags bei. Nach Treptow können z. B. viele Hunderttausende bequem zu Fuß gelangen, während Wigleben für das Gros gerade der wenig oder gar nicht bemittelten Bevölkerung zu entlegen ist. Wie die Stimmung ist, stellt die gestern zu Gunsten des Wiglebener Platzes erfolgte Entscheidung das ganze Unternehmen in Frage, da bedeutende und einflußreiche Industrielle entweder in Treptow oder gar nicht ausstellen wollen.

C. H. **Berlin,** 22. Mai. Der „Vorwärts" hatte in seiner Sonntagsnummer die „Genossen" besonders aufgefordert, den Feiertag zu benutzen, um den boycottirten Brauereien die Macht der Arbeiterschaft fühlbar zu machen. Das Singer'sche Blatt hatte zu diesem Zweck ausdrücklich auf den Happoldt'schen Biergarten und den Ausstellungspark in der Hasenhaide hingewiesen, wo Bier der Schönebergers Schloßbrauerei verzapft wird. Der Besuch der genannten beiden Locale war aber an diesem Sonntag gerade so lebhaft wie sonst. Allerdings hatte sich am Nachmittag vor dem Happoldt'schen Biergarten eine Anzahl „zielbewußter" Arbeiter eingefunden, um womöglich das Publicum von dem Eintritt abzuhalten. Stellenweise war das Benehmen dieser Burschen geradezu aufdringlich; ihren Zweck erreichten sie aber nicht. Die Berliner ließen sich nicht beirren und füllten sehr bald die vorhandenen Plätze, um sich das boycottirte Bier schmecken zu lassen. Die Zaungäste wurden von der Polizei veranlaßt, ihren Wachtposten aufzugeben, und zogen nach einem anderen Locale. Schon heute läßt sich sagen, daß der Boycott vollständig ins Wasser gefallen ist; es kehrt sich eben Niemand daran, abgesehen von einigen Bursehen, die es mit ihren socialdemokratischen Gästen nicht verderben wollen. Große Sorge bereitet den Socialdemokraten bereits die Unterstützung der Ausgeschlossenen; trotz aller Wehrufe haben sich die „Genossen" immer noch nicht erweichen lassen, einen Theil ihres Lohnes für die „braven Genossen" herzugeben. Der ursprünglich in Aussicht genommene Unterstützungssatz wird wohl erheblich herabgesetzt werden müssen.

* **Berlin,** 22. Mai. Zu der Angelegenheit des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. verbreitet ein Münchner Blatt die Meldung, daß dem Bundesrath der Befehl des Kaisers bekannt geworden sei, das Denkmal innerhalb des vom Reichstage genehmigten Kostenaufwandes von vier Millionen Mark herzustellen; die Preisminderung solle durch Wahl billigeren Materials und Vereinfachung des Begas'schen Entwurfs erzielt werden. Wir halten mit den „Berl. N. N." die Meldung in dieser Form für unzutreffend. Daß für das Nationaldenkmal das gediegenste, unzerstörbarste und im technischen Sinne „echteste" Material gerade gut genug erscheinen muß, bedarf wohl kaum erst der Erörterung. Nur gegen die Schrankenlose, so gar nicht mit dem Sinne der nationalen Entschließung zu vereinbarende Gestaltung des Begas'schen Entwurfes war das Parlament aufgetreten. Eine Ersparniß an den Materialkosten des Entwurfes würde nur verschlimmern, was man zu beseitigen beabsichtigt hatte. — Im Publicum gewinnt die Ueberzeugung immer mehr Boden, daß der einzig geeignete Platz für das Denkmal derjenige ist, den Kaiser Wilhelm I. selbst bezeichnet hat: der Westeingang der Linden. Hier liefert das Brandenburger Thor mit der hinter dem Einiger des Reichs einherjagenden Siegesgöttin eine Architektur so einzig in ihrer Art, wie sie am Schloß auf keine Weise und mit keinen Mitteln geschaffen werden kann. Die jüngst stattgehabten polizeilichen Ermittelungen über den Verbleib am Brandenburger Thor haben der Erwartung, daß das Denkmal dort doch noch seinen Platz finden werde, neue Nahrung gegeben.

* **Berlin,** 22. Mai. Der „Reichsbote" unterhielt dieser Tage seine Leser mit einer ebenso langen als albernen Geschichte, „wie Dr. Miquel Minister wurde". Es war eine Sammlung alter Zeitungsausschnitte, verschönert durch einen Passus über Beziehungen Dr. Miquel's zu dem Grafen Waldersee; dieser habe Herrn Miquel bei dem Kaiser „eingeführt". Mit Bezug darauf wird dem „Hamburger Correspondenten" „auf eingezogene Erkundigungen" Folgendes geschrieben:

Nachdem Finanzminister v. Scholz kurze Zeit nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck seinen Abschied eingereicht hatte, war von dem Kaiser zunächst der Generalbevollmächtigte von Krupp, Herr Jencke, der früher im sächsischen Finanzministerium Rath gewesen war, in Aussicht genommen. Nach dessen Ablehnung schlug das Staatsministerium neben dem inzwischen verstorbenen Präsidenten der Centralbodencreditanstalt Dr. Rudorff und einem freiconservativen Parlamentarier in erster Linie Herrn Dr. Miquel für das Finanzportefeuille vor, und die Wahl des Kaisers lenkte sich auf Herrn Dr. Miquel. An der Waldersee-Versammlung im Herbst 1887 war, wie man uns weiter aus Berlin schreibt, Dr. Miquel nicht betheiligt. Wohl aber ist er im Winter 1888 in Action getreten, als es galt, die durch den Versuch der Ausdehnung jener Versammlung in kirchlich und politisch reactionairem Sinne völlig verfahrene Angelegenheit wieder in ein richtiges Gleis zu bringen und den insbesondere auch von Graf Waldersee ursprünglich ganz unpolitisch gedachten Plan der Gründung eines evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins zur Beseitigung der kirchlichen Nothstände in Berlin aus dem Fahrwasser der Parteipolitik wieder auf einen politischen neutralen Boden zu bringen. Dr. Miquel hat schon an den ersten auf Anregung des Grafen Douglas zu diesem Ende im engsten Kreise eingeleiteten Verhandlungen theilgenommen und mit Rath und That dazu erfolgreich mitgewirkt, daß der Aufruf zur Gründung des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins mit den Unterschriften zahlreicher Mitglieder beider Mittelparteien erscheinen konnte und so der wirklich parteilose Charakter der ganzen Sache von vornherein klar wurde.

Y. **Berlin,** 22. Mai. (Telegramm.) Die **Kaiserin** traf heute Morgen gegen 6 Uhr, von Grünholz kommend, in Begleitung der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen in Berlin wieder ein und begab sich vom Lehrter Bahnhofe nach dem hiesigen Königlichen Schlosse. Um 10 Uhr Vormittags fuhren die beiden hohen Frauen nach dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, um daselbst einer Vorstandssitzung des Vaterländischen Frauen-Vereins beizuwohnen. Um 12 Uhr 25 Minuten begaben sich die Kaiserin und die Frau Prinzessin Heinrich mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach der Wildparkstation und von dort zu Wagen nach dem Neuen Palais, von wo morgen Vormittag die Kaiserin wieder nach Berlin kommen wird, um hier an der General-Versammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins in der Sing-Akademie theilzunehmen.

Y. **Berlin,** 22. Mai. (Telegramm.) Nach dem „Reichsanzeiger" hat der **Kaiser** den Rothen Adler-Orden dritter Classe dem Oberstlieutenant Sachse, Abtheilungschef im Kriegsministerium, den Kronen-Orden dritter Classe dem Major Franke, Bataillonscommandeur im 7. sächs. Infanterie-Regiment Prinz Georg Nr. 106, und den Kronen-Orden vierter Classe dem Secretair Klotzsche, sowie den Secretairen König und Arnold im Kriegsministerium verliehen.

— **Berlin,** 22. Mai. (Telegramm.) Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die **Abzahlungsgeschäfte.**